



Mandanteninformation | Juni 2017

EINHEITSPATENT – DIE NÄCHSTE ÜBERRASCHUNG

von Jochen Sties

Einheitspatent – die nächste Überraschung

Dem Projekt eines einheitlichen Patentschutzes in Europa wurden schon viele Knüppel zwischen die Beine geworfen. Der Brexit und die Schwächung der britischen Regierung durch die jüngsten Wahlergebnisse wurden als die hoffentlich letzten Hindernisse angesehen, die auf der Zielgeraden überwunden werden müssen.

Mit einem veritablen Tiefschlag ausgerechnet aus Deutschland hatte aber niemand gerechnet: Ein bisher unbekannter Kläger hat Verfassungsbeschwerde gegen die Ratifizierung des Übereinkommens eingelegt, mit dem das Einheitliche Europäische Patentgericht installiert werden sollte, sowie gegen das Übereinkommen selbst. Die hierfür vom Bundestag bereits verabschiedeten Gesetze werden auf Bitte des Bundesverfassungsgerichts vorerst nicht vom Bundespräsidenten unterschrieben.

Anscheinend hält das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde für nicht offensichtlich unsubstantiiert; anders ist diese Vorgehensweise nicht zu erklären. Der Inhalt der Verfassungsbeschwerde ist bisher aber leider nicht bekannt.

Über die Verzögerung, die sich aus der Verfassungsbeschwerde ergibt, kann nur spekuliert werden. Im günstigsten Fall wird mit einer vorläufigen Entscheidung noch vor Ende dieses Jahres gerechnet. Dann könnte das Einheitliche Europäische Patentgericht seine Arbeit möglicherweise Mitte nächsten Jahres aufnehmen – falls bis dahin Großbritannien ebenfalls ratifiziert hat. Falls Großbritannien nicht ratifiziert oder das Bundesverfassungsgericht seine Bedenken weiter aufrechterhält, müssen wir uns wohl auf eine Verzögerung von mehreren Jahren einrichten.



FRAGEN?

Sollten Sie Fragen zu diesem Thema haben, können Sie gerne jederzeit Ihren persönlichen Ansprechpartner oder Jochen Sties (j.sties@prinz.eu) kontaktieren.

Prinz & Partner mbB
Rundfunkplatz 2
80335 München

Telefon: +49 (0) 89 / 59 98 87-0
Telefax: +49 (0) 89 / 59 98 87-211
E-Mail: info@prinz.eu